

Braunschweiger Volksfreund

Nr. 1/2007

Zeitung des SPD-Unterbezirks Braunschweig

März/April 2007

Ein neues Freizeitbad für Braunschweig



Das war ein kommunalpolitischer Paukenschlag: Mit den Stimmen von SPD und CDU beschloss der Rat den Neubau eines Freizeitbades an der Hamburger Straße. Die eigentliche Sensation: Oberbürgermeister Dr. Hoffmann stimmte gegen seine eigene Partei, und die CDU/FDP-Gruppe war bei der Abstimmung gespalten.

„Ein zukunftsweisender Beschluss für die Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger“ freut sich der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtbad GmbH und SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Winter. „Mit diesem Beschluss bekommt das Oberzentrum Braunschweig ein konkurrenzfähiges Spaß- und Freizeitbad - als dritte Säule neben dem modernen Sportbad Heidberg und dem medizinischen Badezentrum Bürgerpark.

Der wichtigste Teil des neuen Bades ist mit Sicherheit der umfangreiche Freizeitbereich mit einem großen Becken zum Spielen, Plantschen, mit Massagedüsen, Whirlpool und und und, aber auch mit einem abgetrennten Schwimmerbecken, in dem Gesundheitsbewusste ruhig ihre Bahnen schwimmen können, einem abgeteilten Sprungbecken und einem großen Außenbecken, in das man von der Halle hineinschwimmen kann. Ergänzt wird dieser Bereich durch großzügige Außenanlagen mit Liegeflächen und Sandkiste für die Kleinen. Das ganze wird abgerundet durch zwei Riesenrutschen - eine beliebte Attraktion für Kinder und Ju-

gendliche und ein Muss für jedes moderne Bad.

Abgetrennt von diesem Bereich ist das 25-m-Becken für Schule und Sport. Dieser Bereich, der zusätzlich ein kleines Becken für Therapie-zwecke und Schwimmkurse enthält, steht wochentags ausschließlich Schulen und Vereinen zur Verfügung. Damit keine kostbare Unterrichtszeit für Wegezzeiten der Schülerinnen und Schüler verloren geht, hat der Rat die Einrichtung eines Schülertransportes zum Schwimmunterricht in dem neuen Bad beschlossen.

Der Clou: Am Wochenende, wenn mit hohem Besucherandrang zu rechnen ist, wird dieser Sportteil für den allgemeinen Badebetrieb geöffnet, um den Freizeitbereich zu entlasten - ein Modell, das sich in anderen öffentlichen Bädern hervorragend bewährt hat.

Der dritte Bereich ist der umfangreiche Saunabereich mit Innensaunas, Außensaunas und Naturbecken, der sich nach Überzeugung der Stadtbad-GmbH zur Attraktion des neuen Bades entwickeln wird. Durch diese attraktive Ausgestaltung werde das neue Bad eine hohe Zahl von Badegästen haben, so die Kalkulation von Jürgen Scharna, Geschäftsführer der Stadtbad-GmbH. Durch die höheren Einnahmen werde das Bad die Finanzierungskosten der Investition erwirtschaften, so dass die Eintrittspreise nicht erhöht werden müssten - eine Überzeugung, die letztlich von der Mehrheit des Rates geteilt wurde.

Links: Im neuen Freizeitbad macht das Baden noch mehr Spaß.

Foto: A. Gräbner

Unten: Der Auszug aus dem Plan zeigt die Elemente im Freizeitbereich des geplanten Schwimmbades.



Verkauf der „Brücke“
auf Seite 2

Nichtraucherschutz
auf Seite 3

Verkauf der Brücke finanziert „Schloss“-Innenausbau

CDU und FDP beschließen Ende einer kulturellen Traditionsinsel

■ Noch erscheint ihr Foto als strahlendes Schmuckstück auf der Internetseite der Stadtverwaltung: die „Brücke“, traditionsreiche Villa am Steintorwall und noch Sitz des Kulturinstituts. Jetzt hat der Rat der Stadt mit der Ein-Stimmen-Mehrheit von CDU und FDP den Verkauf des herrlichen Okergrundstückes an eine Agentur beschlossen. „Eine

Anschauungen kennen, die ihr weiteres Leben prägen.

Ab 1953 wurde die Einrichtung schrittweise in städtische Verantwortung überführt. Sie wurde Sitz des Kulturamtes und blieb weiterhin ein kultureller Mittelpunkt der Stadt. „Deutlich wird die Wertschätzung, die die Brücke genießt, in der 1984 getroffenen Ent-



Die „Brücke“ in der traditionsreichen Villa am Steintorwall.

Foto: A. Gräbner

kulturelle Barbarei“, findet nicht nur SPD-Ratsherr Manfred Pesditschek.

Im Jahre 1866 wurde das klassizistische Gebäude für die Verlegergattin Helene Vieweg errichtet. Nach 1945 wurde es durch die britische Militärregierung benutzt und beherbergte zeitweise den britischen Stadtkommandanten und andere Dienststellen. Im Jahre 1949 wurde das Haus Sitz der „Brücke“, einer britischen Einrichtung, die seit 1946 in Braunschweig in unterschiedlichen Räumen existierte und deren Sinn es war, die Verständigung zwischen Briten und Deutschen zu fördern und einen Beitrag zur demokratischen Entwicklung Nachkriegsdeutschlands zu leisten. Die „Brücke“ war bald aus dem kulturellen Leben nicht mehr wegzudenken - sei es mit der Bibliothek, den täglich gezeigten Filmen zu den unterschiedlichsten Themen, den Vorträgen, Gesprächskreisen und weiteren Veranstaltungen. Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene lernten hier demokratische

scheidung, das Gebäude zu kaufen“ - so die Stadtverwaltung in ihrem Internetbeitrag.

Mit dieser Wertschätzung hat es offensichtlich ein Ende. Mit dem Verkauf der Brücke solle die Gegenfinanzierung für den Umzug der Kultureinrichtungen in das Schloss erreicht werden, so der städtische „Kultur“-Dezernent Wolfgang Laczny. Das ECE-Gebäude hinter der Schlossfassade muss profitabel vermietet werden. Deshalb müssen dort städtische Einrichtungen einziehen, und um die hohen Mietkosten aufzubringen, muss städtisches Eigentum verkauft werden - ohne Rücksicht auf geschichtliche und kulturelle Bedeutung. Dass die Mittel, die durch den Verkauf erzielt werden, gerade ausreichen, um einige wenige Räume des Schlossnachbaus historisierend herzurichten, ist eine zusätzliche bittere Pille. Einebnung des Platanenhügels, Verkauf des „Brücke“-Grundstücks - wo bleibt eigentlich der Respekt vor der kulturellen und geschichtlichen Entwicklung unserer Stadt?

Aktionsbündnis 4. Gesamtschule

■ Seit vielen Jahren müssen Schülerinnen und Schüler, die eine der Braunschweiger Gesamtschule besuchen wollen, aus Platzmangel zurückgewiesen werden. Um die Forderung nach einer vierten Gesamtschule für Braunschweig durchzusetzen, hat sich jetzt ein Aktionsbündnis gebildet. Mit Unterschriftenlisten wirbt das Aktionsbündnis für ihr Ziel. Jede Unterschrift kann helfen, eine vierte Gesamtschule in Braunschweig zu erreichen.

Obwohl die bisherigen PISA-Untersuchungen und UNESCO-Berichte die Überlegenheit von Gesamtschulen gezeigt haben, und obwohl unsere Nachbarstaaten außer Liechtenstein und Österreich Gesamtschulen als alleinige Schulform haben, wird diese moderne und erfolgreiche Pädagogik von CDU und FDP in Niedersachsen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert. Der Elternwille wird hartnäckig missachtet. Mittel zum Zweck sind die fadenscheinigen Begründungen des Philologenverbandes, dem die meisten Gymnasiallehrer angehören.

Mitglieder des Aktionsbündnisses für eine vierte Gesamtschule sind: DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Bündnis 90/Grüne, BIBS (Bürgerinitiative Braunschweig), DIE LINKE und die SPD.

Übrigens, zwei prominente Befürworter der Gesamtschule sollen hier noch genannt werden: Johann A. Comenius (1592 – 1670) und Wilhelm von Humboldt (1767 – 1835).

Schulsysteme unserer wichtigsten Nachbarländer

Land	Schulpflicht	Gemeinsames Lernen
Belgien	12 Jahre	8 Jahre
Dänemark	9 Jahre	9 Jahre
Finnland	9 Jahre	9 Jahre
Frankreich	10 Jahre	9 Jahre
Griechenland	10 Jahre	9 Jahre
Großbritannien	10 Jahre	9 Jahre
Irland	9 Jahre	6 Jahre
Island	10 Jahre	10 Jahre
Italien	8 Jahre	8 Jahre
Liechtenstein	9 Jahre	5 Jahre
Luxemburg	11 Jahre	8 Jahre
Niederlande	12 Jahre	8 Jahre
Norwegen	9 Jahre	9 Jahre
Österreich	9 Jahre	4 Jahre
Portugal	9 Jahre	9 Jahre
Schweden	9 Jahre	9 Jahre
Schweiz	9 Jahre	6 Jahre
Spanien	10 Jahre	10 Jahre

Grüne Farbe: Gesamtschulen

Nichtraucher werden von Niedersachsen nicht geschützt

Ministerpräsident Wulff drückt sich beim Nichtraucherschutz vor der Verantwortung

Wer raucht, schädigt seine Gesundheit, das ist hinlänglich bekannt. Ebenso gefährlich – und das gilt nicht nur für Raucher – ist das sogenannte Passivrauchen. Das unfreiwillige Einatmen der im Tabakrauch enthaltenen Giftstoffe verursacht in Deutschland nach aktuellen Berechnungen des deutschen Krebsforschungszentrums jährlich mehr als 3300 vermeidbare Todesfälle unter Nichtrauchern.

Tabakrauch wird bereits seit 1998 in die höchste Gefahrenstufe der krebserzeugenden Stoffe am Arbeitsplatz eingestuft.

Viele europäische Länder haben inzwischen Gesetze zum Schutz von Nichtrauchern erlassen. Deutschland ist in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland.

In Gastwirtschaften ist die Problematik des Passivrauchens besonders offenkundig. Das dort angestellte Personal unterliegt wegen der hohen Schadstoffbelastung einem erhöhten Krankheits- und Sterblichkeitsrisiko. Aktuelle Umfragen zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen eine rauchfreie Gastronomie wünscht.

Endlich werden jetzt auch die Bundesländer aktiv. Die Diskussion über den Schutz vor Passivrauchen ist durch Studien des Deutschen Krebsforschungszentrums und den Gruppenantrag der Bundestagsabgeordneten Carola Reimann, Lothar Binding und Margrit Spielmann massiv vorangetrieben worden. Nach langen, zähen Verhandlungen sind sich die Gesundheitsminister von Bund und Ländern weitgehend ei-



Die Braunschweiger Wahlkreisabgeordnete Dr. Carola Reimann (SPD) treibt den Nichtraucherschutz nach Kräften voran.

nig. Die Vorschläge sehen vor, das Rauchen in öffentlichen Räumen wie Schulen, Krankenhäuser und Verwaltungsgebäuden sowie in Diskotheken zu verbieten. Auch im Gaststättenbereich wird es zu einem weitgehenden Rauchverbot kommen. Lediglich in komplett abgetrennten „Raucher“-Nebenräumen soll das Rauchen noch erlaubt sein. Dies ist ein erheblicher Fortschritt und führt erstmals zu einem weitreichenden Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Gefahren des Passivrauchens.

Zwei Länder tanzen aus der Reihe, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident Wulff will bei Bars und Kneipen in Niedersachsen weiter die Gastronomen entscheiden lassen, ob geraucht werden darf oder nicht. Im Klartext hieße dies: Alles bliebe beim Alten und der Gesundheitsschutz bliebe auf der Strecke. Während der Rest der Republik die Gefahren erkannt hat und handelt, macht Wulff Niedersachsen zur Raucherinsel, ohne Rücksicht auf die Gefahren für Gäste und Angestellte.

Bürgersprechstunden der SPD-Abgeordneten

■ Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger haben dann die Gelegenheit, ihre Angelegenheiten mit den Abgeordneten zu besprechen. Die Bürgersprechstunden finden statt im SPD-Büro in der Schlosstraße 8, 3. OG.

Anmeldung wird erbeten unter Telefon 05 31 / 4 80 98 21. Die Termine sind :

▶ **Dr. Carola Reimann, MdB:**

- Dienstag, 10. April, von 8 - 18 Uhr
- Mittwoch, 30. Mai, von 8 - 18 Uhr

▶ **Isolde Saalman, MdL:**

- Montag, 7. Mai, 16 – 17 Uhr
- Montag, 4. Juli, 16 – 17 Uhr

▶ **Klaus-Peter Bachmann, MdL:**

- Donnerstag, 19. April, ab 14.30 Uhr
- Donnerstag, 21. Juni, ab 14.30 Uhr

Frühkindliche Bildung bietet Chancen

Aktionsplan der SPD-Fraktion im Landtag

Die SPD im Landtag hat eine Entschliesung für einen Nationalen Aktionsplan „frühkindliche Bildung“ eingebracht. Die durch PISA-Studien und einen neuen Bericht der Unicef festgestellten Bildungslücken deutscher Schülerinnen und Schüler erfordern dringende Maßnahmen.

Jedem Pädagogen ist klar, dass eine Aufarbeitung der Defizite im frühen Kindesalter beginnen muss. Bei Kindern, die ohne die nötige Schulreife eingeschult werden, ist ein späteres Schulversagen vorprogrammiert. Zur Schulfähigkeit gehören einfache Fähigkeiten wie Schleife binden oder der Umgang mit einfachen Hausgeräten und Kreativ-Spielzeug. Daneben ist der spielerische und praktische Umgang mit Zahlen bis mindestens zwölf eine ebenso wichtige Voraussetzung wie das Verstehen und Sprechen vollständiger Sätze der

deutschen Sprache. Von großem Vorteil ist auch eine ausreichende Erfahrung im Umgang mit Gleichaltrigen.

Es sind nicht nur ausländische Familien, die diese Grundlagen zumeist nicht schaffen können. Manchmal sind auch deutsche Eltern damit überfordert. Ob Unfähigkeit oder Vernachlässigung eine Rolle spielen, ist hier ohne Belang. Entscheidend ist, dass diese Mängel in zunehmendem Maße die Grundschulen belasten und hier nicht mehr hinreichend ausgeglichen werden können.

Die Landes-SPD begrüßt ausdrücklich, dass Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU) jetzt die Forderungen der SPD aufgreift. Es bleibt zu hoffen, dass die Ministerin auch von ihren CDU-Parteifreunden in den Ländern die notwendige finanzielle und sachdienliche Unterstützung erhält.

Maßnahmen des SPD-Aktionsplanes sind unter anderen:

- ▶ Ein beitragsfreies Kindergartenjahr als ersten Schritt und in weiteren Schritten die Beitragsfreiheit für alle drei Kindergartenjahre.
- ▶ Ein flächendeckendes Krippenangebot für Kinder unter drei Jahren.
- ▶ Erhöhung der Mittel für vorschulische Sprachförderung und Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher für diese Aufgabe. Sprachförderung ist auch oft für Kinder deutscher Muttersprache erforderlich.
- ▶ Verkleinerung der Betreuungsgruppen und Weiterentwicklung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher im Sinne des „Schulkindergartens“.
- ▶ Verstärkung der Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen.
- ▶ Verstärkung der Elternarbeit, insbesondere für Migrantenfamilien.

SPD hat dem Haushalt zugestimmt

Wichtige Forderungen wurden durchgesetzt

Das war vor wenigen Monaten noch kaum vorstellbar: Die SPD stimmt dem Haushalt der Stadt für das Jahr 2007 zu. Fraktionsvorsitzender Klaus Winter: „Der ursprüngliche Haushaltsentwurf war für uns nicht zustimmungsfähig. Daher haben wir wichtige Änderungsvorschläge eingebracht, denen die CDU/FDP-Gruppe in den wesentlichen Punkten zugestimmt hat. In dieser Form können wir den Haushalt mittragen.“

► Erster Schwerpunkt der SPD war der Sozialbereich. Gabriele Hübner, Vorsitzende des Sozialausschusses: „Durch die Kürzungen nach der Rasenmähermethode in der Vergangenheit sind soziale Einrichtungen und Gruppen in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wir haben mit diesen Einrichtungen gesprochen und haben den städtischen Zuschuss dort erhöht, wo es notwendig ist.“ Die Zuschüsse an Sozialstationen werden um 47 000 Euro aufgestockt. Weitere Erhöhungen gibt es zum Beispiel für den Verein für körperbehinderte Kinder, für die Frauenberatungsstelle, für das Lukaswerk

Suchthilfe, die Stiftung Wohnen und Beraten und die Drogenberatungsstelle.

► Zweitens: Die SPD hat die Chance eröffnet, dass eine in Braunschweig dringend benötigte Jugendherberge unter Einbeziehung des ehemaligen FreiBiZe am Bürgerpark entsteht. Oberbürgermeister Dr. Hoffmann möchte dort ein 5-Sterne-Hotel. Nach der Haushaltsvereinbarung zwischen SPD und CDU/FDP muss die Verwaltung bis zum 30. Juni dieses Jahres nachweisen, dass es dafür einen Investor mit ernsthaften Investitionsabsichten gibt. Sonst wird unmittelbar mit den Vorbereitungen zum Bau einer Jugendherberge an diesem Standort begonnen. Falls es zum Hotelbau kommen sollte, wird an anderer Stelle spätestens 2008 eine Jugendherberge errichtet.

► Dritter Punkt ist die Schulsporthalle Lamme. Die Verwaltung plant dort den Bau einer Einfeldhalle - dies reicht nach Meinung der SPD nicht. Eine zukunftsgerechte Sporthalle müsste groß genug für zwei Lerngruppen sein. Um die Kosten für eine solche Halle zu senken, sollen jetzt neue Angebote eingeholt werden.



FreibiZe: Jugendherberge oder 5-Sterne-Hotel?
Foto: A. Gräbner

Inhaltliche Unterschiede sind weiterhin groß

■ Abwegig ist der Versuch einzelner Redner von CDU und FDP aus der Billigung des Haushalts eine Zustimmung zur Politik von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann insgesamt abzuleiten. „Die inhaltlichen Auseinandersetzungen über die Grundrichtung der Kommunalpolitik in Braunschweig, beispielsweise bei der Bil-

dung, beim öffentlichen Personennahverkehr, beim Ausbau der Ganztagschule werden die bestimmenden Themen sein. Hier muss sich noch viel bewegen, damit die SPD zustimmen kann“ - stellte Manfred Pesditschek, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der SPD klar.

Bachmann zu Besuch im Polizeikommissariat Münzstraße

■ Seit Jahren hat der Landtagsabgeordnete Bachmann (SPD) immer wieder auf den maroden Zustand des Polizeigebäudes in der Münzstraße hingewiesen. Nun sind endlich die Räumlichkeiten im Wachbereich renoviert worden. Dies ist ein guter Anfang, und es ist zu hoffen, dass auch die Räume der anderen Mitarbeiter im Obergeschoss bald instand gesetzt werden.

Bachmann hat wesentlich zu diesem Teilerfolg beigetragen. Das betont der Vorsitzende der Braunschweiger Polizeigewerkschaft Matthias Langmann: „Der Abgeordnete Klaus-Peter Bachmann war mit seinem Engagement mindestens genau so nah am Thema dran wie die Gewerkschaft der Polizei selbst“.



Polizeiberrat Wenzel im Gespräch mit Klaus-Peter Bachmann. Foto: A. Gräbner

1. Mai 2007, Tag der Arbeit

Kundgebung auf dem Burgplatz mit Maifest am ehemaligen FreiBiZe

Bürgersprechstunden der SPD-Ratsfraktion

■ Die Bürgersprechstunden finden immer Donnerstags von 16-17 Uhr statt, in den Fraktionsräumen der SPD im Rathaus, Platz der Deutschen Einheit 1. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Weitere Informationen unter www.spd-ratsfraktion-braunschweig.de

Impressum

Klinterklater Braunschweig

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion: Detlef Kühn (ViSdP), Alexander Gräbner, Manfred Pesditschek

Druck: PRO Exakt GmbH, Schöppenstedt

Erscheinungsweise: vierteljährlich, Auflage: 39 000

Bankverbindung/Spendenkonto des SPD-Unterbezirks: SEB, Konto 1006001200, BLZ 270 101 11

SPD